

Maintal, 17.07.2024

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Zahnärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Politik bremst starkes nationales Public Health Zentrum aus

Bereits am 4.10.2023 hatte Karl Lauterbach in einer Bundespressekonferenz angekündigt, ein neues „Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin“, kurz „BIPAM“, errichten zu wollen¹. Darin sollen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und Teile des Robert Koch-Instituts aufgehen, die sich mit nicht-übertragbaren Erkrankungen beschäftigen. Die geplanten Veränderungen sind dabei die größte Reform der Bundesbehörden im Bereich des Bundesministeriums der Gesundheit (BMG) seit der Auflösung des Bundesgesundheitsamtes 1994. Nachdem die Ankündigung viel Kritik der Fachöffentlichkeit nach sich gezogen hatte², war es lange sehr still um das BIPAM. Nun wurde Ende Juni ein Entwurf für ein Gesetz zur Regelung der Nachfolge der BZgA vorgelegt, das den gesetzlichen Rahmen für das neue BIPAM schaffen soll³. Abgesehen davon, dass nach dem neuen Entwurf immerhin finanzielle Mittel zur Errichtung des neuen Bundesinstituts zur Verfügung stehen, bleiben grundlegende Kritikpunkte von der angedachten Strukturierung des BIPAM über der fragwürdigen Grundausrichtung bis hin zum Namen bestehen. Gleichzeitig bleiben viele Fragen auch weiterhin offen. Der vdää* lehnt im Einklang mit vielen namhaften Expert*innen den vorgelegten Gesetzesentwurf ab und spricht sich gegen eine Zerschlagung des Robert Koch-Instituts aus. In diesem Zusammenhang haben wir uns bereits Ende 2023 zwei öffentlichen Papieren, einem offenen Brief von Rolf Rosenbrock und Thomas Götz und einer Stellungnahme des Zukunftsforum Public Health angeschlossen⁴.

„Es ist aus unserer Sicht völlig unverständlich, warum Herr Lauterbach entgegen allen Empfehlungen der Fachgesellschaften, ein international renommiertes Gesundheitsforschungsinstitut zerschlagen will, das in den letzten 30 Jahren zusammengewachsen ist und Expertise zu übertragbaren und nicht-übertragbaren Krankheiten vereint“, so Karen Spannenkrebs, Co-Vorsitzende des vdää*.

Der vdää* hält eine Stärkung der epidemiologischen Forschung zu nicht-übertragbaren Erkrankungen und den zugrundeliegenden Determinanten und Risikofaktoren generell für richtig und begrüßt auch – gerade nach den Defiziten in der Corona Pandemie - eine Neuausrichtung der Gesundheitsförderung und -kommunikation sowie die Evidenzbasierung und zentrale Koordination des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

„Diese sollten aber besser in dem etablierten Institut ausgebaut werden, das damit zu einem starken nationalen Public Health Institut ausgebaut werden könnte“, ergänzt Thomas Kunkel, ebenfalls Co Vorsitzender des vdää*. *„Das Vorgehen des BMG, das die Gründung des neuen Instituts ohne die notwendige Einbeziehung der relevanten Akteure und gegen die Empfehlungen der Fachgesellschaften vorantreibt, ist für uns nicht nachvollziehbar“,* so Thomas Kunkel weiter.

Es droht ein nachhaltiger Schaden für die Public Health Wissenschaft in Deutschland.

„Das ist auch gegenüber den Mitarbeitenden von RKI und BZgA unverständlich, insbesondere den befristet Beschäftigten gegenüber, die je nach Bereich um die 50% der Mitarbeitenden ausma-

Maintal, 17.07.2024

chen“, sagt Michael Janßen aus dem erweiterten Vorstand des vdää*. Diese seien mit einer großen Unsicherheit konfrontiert, da z.B. völlig unklar ist, wie Drittmittelgeber auf die Reform reagieren und welche Auswirkungen die Veränderungen generell auf die Forschungsmöglichkeiten haben werden. Schon jetzt entstünden durch die geplanten Veränderungen hohe Kosten und die Public Health Forschung werde behindert.

Sowohl der Name des Instituts als auch die Formulierungen im Gesetzesentwurf zeigen, dass sich im BMG ein begrenztes Verständnis von Public Health durchgesetzt hat, das die internationalen Entwicklungen der letzten gut 40 Jahre im Bereich der Public Health Wissenschaft nicht widerspiegelt.

Wie die „Aufklärung in der Medizin“ zu einer Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit beitragen soll, wird wohl Lauterbachs Geheimnis bleiben. Die Wortwahl spricht aber dafür, dass hier über ein biologisch-individualistisches Verständnis von Gesundheit und Krankheit nicht hinausgedacht wird. Gleichzeitig steht hier die Medizin im Mittelpunkt, obwohl wir wissen, dass der Beitrag der Medizin zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung begrenzt ist und soziale, ökonomische und kommerzielle Determinanten in viel größerem Umfang dazu beitragen.

Hier wird eine Chance zu einer wirklichen Stärkung von Public Health in Deutschland vertan und Public Health in Deutschland für möglicherweise viele Jahre geschadet.

Dr. Nadja Rakowitz, Pressesprecherin

1 Pressekonferenz mit Lauterbach, Nießen und Schaade am 4.10.2023: <https://www.youtube.com/watch?v=oEOnKidwFA4>

2 Gemeinsame Pressemitteilung von DGSMF und DGpH: https://www.dgph.info/fileadmin/user_upload/PDF/Paper/PM_10.10.23.fin.pdf

Artikel von Joseph Kuhn: <https://scienceblogs.de/gesundheits-check/2023/10/04/ende-einer-geheimoperation-das-neue-bundesinstitut-fuer-oeffentliche-gesundheit/>

3 <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/gesetz-zur-staerkung-der-oeffentlichen-gesundheit.html>



Verein demokratischer Ärzt*innen
Pressesprecherin Dr. Nadja Rakowitz

Kantstraße 10 • 63477 Maintal
Telefon 06181 – 432 348
Mobil 0172 – 185 8023
info@vdaee.de • www.vdaee.de

Maintal, 17.07.2024

4 Zukunftsforum Public Health: <https://zukunftsforum-public-health.de/bundesinstitut-fuer-praevention-und-aufklaerung-in-der-medizin-verpasste-chance-fuer-public-health-in-deutschland/>

Offener Brief von KLUG + Paritätischer Wohlfahrtsverband zur Perspektive der Zivilgesellschaft:

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/hinter-offenem-brief-zum-bipam-ver-einen-sich-mehr-als-150-organisationen-und-einzelpersonen/>